Stellungnahme zum Projekt «Sanierung und Neugestaltung Bahnhofstrasse»

Die EVP Toffen würdigt die geleistete Arbeit bei der Ausarbeitung des vorliegenden Projekts. Die Notwendigkeit einer umfassenden Sanierung ist erkannt und wird ausdrücklich unterstützt. Auch die Zielsetzung der Aufwertung des öffentlichen Raumes wird sehr begrüsst. Allerdings sieht die EVP zentrale Punkte kritisch, welche die Verkehrssicherheit – insbesondere für die schwächeren Verkehrsteilnehmenden – betreffen.

Tempo-Frage unklar geregelt

Problematisch erscheint primär die Tatsache, dass über die zukünftige Höchstgeschwindigkeit auf der betroffenen Strecke nicht im Rahmen des Projekts selbst entschieden wird, sondern die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger separat über Tempo 30 oder 50 befinden sollen. Das geplante Gestaltungskonzept mit seinem angestrebten Platzcharakter ist jedoch eindeutig auf eine Verkehrsberuhigung und damit auf Tempo 30 ausgelegt. Nur unter dieser Voraussetzung kann das Konzept seine volle Wirkung entfalten und für alle Verkehrsteilnehmenden Sicherheit bieten. Die EVP Toffen kann das Projekt daher nur vorbehaltlos unterstützen, wenn es mit der verbindlichen Einführung von Tempo 30 einhergeht oder aber insbesondere im Abschnitt Mitte zusätzliche temporeduzierende Elemente eingeplant werden.

Abbau von Fussgängerstreifen ist kontraproduktiv

Besonders kritisch wird der geplante Rückbau mehrerer Fussgängerstreifen beurteilt. Gerade Kinder, ältere Menschen und andere schwächere Verkehrsteilnehmende sind auf klar erkennbare und sichere Querungsmöglichkeiten angewiesen. Die Entfernung dieser wichtigen Sicherheitselemente stellt für die EVP einen Rückschritt in der Verkehrssicherheit dar und gefährdet das Vertrauen der Bevölkerung in eine inklusive Verkehrsplanung.

Trottoirs ohne Rand bzw. Abgrenzung zur Strasse: Risiken für die Schwächsten

Ebenfalls skeptisch wird die geplante Gestaltung der Trottoirs ohne physisch abgesetzte Ränder betrachtet. Diese Lösung mag gestalterisch überzeugen, birgt aber die Gefahr, dass motorisierter oder schneller Verkehr (z. B. Velos, E-Scooter) auf diese Flächen ausweicht. Die Trennung der Verkehrsarten ist insbesondere in Mischzonen von zentraler Bedeutung für die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmenden.

Ko-Existenz bleibt Wunschdenken

Die von der Spezialkommission angestrebte „Ko-Existenz“ aller Verkehrsteilnehmenden im gemeinsamen Verkehrsraum mag theoretisch wünschenswert sein. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass die Stärkeren – ob motorisiert oder nicht – häufig dominieren. Das Prinzip der gegenseitigen Rücksichtnahme kann nur dann funktionieren, wenn klare Regeln bestehen und die Infrastruktur die Bedürfnisse der Schwächeren schützt. Ohne strukturelle und gesetzliche Sicherheiten wird der oder die Schwächere immer wieder gezwungen, auf seine bzw. ihre Rechte zu verzichten – insbesondere, wenn es um die eigene Sicherheit geht.

Fazit

Die EVP begrüsst die Sanierung und die gestalterischen Ambitionen des Projekts. Jedoch fordern wir klare verkehrspolitische Rahmenbedingungen, insbesondere:

- Eine definitive Festlegung auf Tempo 30 als Voraussetzung für die Umsetzung,
- den Erhalt oder Ersatz sicherer Fussgängerquerungen,
- eine bauliche Trennung der Gehflächen zum Schutz der Fussgängerinnen und Fussgänger.

Nur unter diesen Bedingungen kann das Projekt seine Ziele erreichen und von unserer Seite vollumfänglich mitgetragen werden.